

Der Naturschutz in der Bauleitplanung

Von

Dr. jur. Marcus Lau

Rechtsanwalt bei RAe Füßer & Kollegen, Leipzig

ERICH SCHMIDT VERLAG

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Weitere Informationen zu diesem Titel finden Sie im Internet unter
[ESV.info/978 3 503 13091 7](http://www.esv.info/9783503130917)

ISBN 978 3 503 13091 7

Alle Rechte vorbehalten

© Erich Schmidt Verlag GmbH & Co. KG, Berlin 2012

www.esv.info

Dieses Papier erfüllt die Frankfurter Forderungen der Deutschen Nationalbibliothek und der Gesellschaft für das Buch bezüglich der Alterungsbeständigkeit und entspricht sowohl den strengen Bestimmungen der US Norm Ansi/Niso Z 39.48-1992 als auch der ISO-Norm 9706.

Satz: multitext, Berlin

Druck und Bindung: Danuvia Druckhaus, Neuburg/Donau

Vorwort

Das wichtigste Instrument zur Steuerung der Entwicklung des Raumes auf lokaler Ebene ist die kommunale Bauleitplanung. Die Aufstellung oder Änderung von Bauleitplänen gestaltet sich jedoch mitunter als alles andere als einfach. Schon längst ist dies vielfach das Geschäft von Experten geworden. Einen nicht unmaßgeblichen Anteil an der Komplexität und Fehleranfälligkeit der Bauleitplanung trägt der Naturschutz.

Bislang fehlt es noch an einer umfassenden Darstellung der an die Bauleitplanung gerichteten originär naturschutzrechtlichen Vorgaben. In diese Lücke stößt das vorliegende Buch. Behandelt werden sowohl der europäische als auch der nationale Naturschutz inklusive der recht jungen störfallrechtlichen Anforderungen und der Implikationen aus dem Umweltschadensgesetz. Darüber hinaus wird eine Hilfestellung für die Abarbeitung all dieser Anforderungen in der Bauleitplanung gegeben und dabei auch auf Fragen der Finanzierung eingegangen.

Leipzig, im Oktober 2011

Dr. Marcus Lau

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
Abkürzungsverzeichnis	XI
Literaturverzeichnis	XVII
A. Einführung	1
B. Allgemeines	7
C. Äußere Planungsgrenzen (Planungsleitsätze)	13
I. Ziele der Raumordnung	15
II. Schutz von Natura 2000-Gebieten	19
1. Anforderungen des § 34 Abs. 1 und 2 BNatSchG	22
a) Offensichtlicher Ausschluss erheblicher Beeinträchtigungen	22
b) FFH-Verträglichkeitsprüfung	27
aa) Ausschluss erheblicher Beeinträchtigungen	28
bb) Zusammenwirken mit anderen Projekten oder Plänen	41
cc) Der Gebietsverwaltung dienende Maßnahmen	42
2. Ermittlungsaufwand	43
3. Abweichungsprüfung	46
a) Zwingende Gründe des überwiegenden öffentlichen Interesses	47
b) Alternativenprüfung	54
c) Kohärenzsicherung	58
d) Betroffenheit prioritärer Lebensraumtypen und/oder Arten	63
4. Implikationen für den Umweltbericht	67
5. Möglichkeiten der Konfliktverlagerung	67
6. Zusammenfassung	72
III. Störfallschutz	73
D. Vorgaben im Rahmen der Erforderlichkeit	79
I. Schutzgebiete nach § 20 Abs. 2 BNatSchG	81
1. Schutzgebiets- und Objektschutzkategorien	83
2. Planen in die „objektive Befreiungslage“	86
3. Schutzausweisung nach Erlass eines Bebauungsplans	88
II. Gesetzlich geschützte Biotope	89
III. Schutz faktischer Vogelschutzgebiete	94
1. Bereits identifizierte Vogelschutzgebiete	94
2. Noch nicht identifizierte Vogelschutzgebiete	96
3. Geltendes Schutzsystem	97
IV. Schutz potenzieller FFH-Gebiete	99

	1. Bereits gemeldete potenzielle FFH-Gebiete	99
	2. Nicht gemeldete potenzielle FFH-Gebiete	103
V.	Artenschutz	105
	1. Zugriffsverbote des § 44 Abs. 1 BNatSchG	108
	a) Fang-, Verletzungs- und Tötungsverbot	109
	b) Störungsverbot	111
	c) Lebensstättenschutz	115
	d) Schutz von Pflanzen	118
	2. Privilegierung des § 44 Abs. 5 BNatSchG	119
	3. Implikationen aus der Privilegierung in § 44 Abs. 6 Satz 1 BNatSchG	124
	4. Ausnahme und Befreiung	125
	a) Ausnahmegründe des § 45 Abs. 7 Satz 1 BNatSchG	127
	b) Alternativenprüfung	133
	c) Verweilen in einem günstigen Erhaltungszustand	136
	d) Befreiung gemäß § 67 Abs. 2 BNatSchG	140
	5. Ermittlungsaufwand	140
	6. Implikationen für den Umweltbericht	144
	7. Zusammenfassung	145
E.	Abwägungsdirektiven	147
I.	Die Bodenschutzklausel	153
II.	Das Trennungsgebot	154
III.	Die städtebauliche Eingriffsregelung	156
	1. Eingriff	157
	2. Rechtsfolgen	163
	a) Vermeidung	163
	b) Realkompensation	164
	aa) Sachlicher Zusammenhang	166
	bb) Zeitlicher Zusammenhang	170
	cc) Sonstige Voraussetzungen	172
	c) Kompensation in Geld	177
	3. Ermittlungsaufwand	178
	4. Behandlung im Rahmen der Abwägung	179
	a) Bewertungsfragen	179
	b) Gewichtung der Naturschutzbelange	185
	5. Besonderheiten bei kleinräumigen Bebauungsplänen der Innenentwicklung	188
	a) Anwendungsbereich	189
	b) Freistellung von der Kompensationspflicht	192
	6. Implikationen für den Umweltbericht	195
	7. Möglichkeiten der Konfliktverlagerung	196
	8. Zusammenfassung	197
IV.	Schutz von Natura 2000-Gebieten in der Abwägung	197
V.	Darstellungen von Landschaftsplänen	199

VI.	Vorgaben in Art. 3 Abs. 2 lit. b, Art. 4 Abs. 4 Satz 2 VRL	204
VII.	Naturschutzrechtlicher Gewässerschutz	206
VIII.	Implikationen des Umweltschadensgesetzes	207
F.	Bauleitplanerische Umsetzung	213
I.	Darstellungs- und Festsetzungsmöglichkeiten	215
	1. Flächennutzungsplan	216
	2. Bebauungsplan	218
	a) Allgemeines	218
	aa) Konfliktvermeidung/-minderung	219
	bb) Kompensation	226
	cc) Bebauungsplan mit zweigeteiltem Geltungsbereich ...	228
	dd) Kombination von Bebauungsplänen	229
	b) Immissionskontingentierung	229
	c) Sonstige Sondergebiete	233
	d) Bedingte und befristete Festsetzungen	235
	e) Vorhabenbezogener Bebauungsplan	238
II.	Weitere Umsetzungsmöglichkeiten	241
	1. Städtebaulicher Vertrag	241
	2. Sonstige geeignete Maßnahmen	245
III.	Monitoring nach § 4c BauGB	247
IV.	„Ökokonto“	248
G.	Finanzierung	251
	Sachverzeichnis	261